



Mike Mohring
CDU Fraktionsvorsitzender

Thüringen 2020

Das ist die Zielmarke, an der Landespolitik in den kommenden Jahren ausgerichtet werden muss. Sie steht für ein Land, in dem es sich trotz der zurückgehenden Einwohnerzahl und geringerer Landeseinnahmen leben und arbeiten lässt, das seine Ausstrahlung steigert und seine Eigenständigkeit bewahrt. Das gelingt um so besser, wenn es über elementare Grundlinien der Landespolitik, die ein Jahrzehnt tragen, einen breiten Konsens gibt.

Unser Angebot dafür ist eine „Konsolidierungsvereinbarung für Thüringen“. Sie bündelt die wichtigsten Maßnahmen für Landeshaushalte ohne neue Schulden und kommunale Strukturen für dann nur noch zwei Millionen Thüringer.

Dabei ist mir eines wichtig: Darüber, wie unser Land 2020 aussehen wird, wollen wir ins Gespräch mit Ihnen kommen. Denn die anstehenden Entscheidungen werden die Lebenswirklichkeit einer ganzen Generation betreffen. Ein Satz gilt in diesem Fall ganz besonders: Gute Politik beginnt mit Zuhören.



Foto: H. Senebald

Politik ist ein Mannschaftsspiel. Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht und CDU-Fraktionsvorsitzender Mike Mohring im Gespräch während einer Beratungspause des Landtags. Die CDU hat in den Haushaltsberatungen für eine Strategie geworben, mit der Thüringen 2020 finanziell auf eigenen Beinen stehen kann.

CDU-Fraktion schlägt „Konsolidierungsvereinbarung für Thüringen“ vor

Die CDU-Landtagsfraktion hat im Landesparlament eine Konsolidierungsvereinbarung für Thüringen vorgeschlagen. Zu dem sieben Punkte umfassenden Paket gehört unter anderem eine Schuldenbremse in der Landesverfassung, der Abbau von weiteren 6000 Stellen im Landesdienst und eine Neuordnung des

Kommunalen Finanzausgleichs. Die Fraktion schlägt ferner eine breite Debatte mit kommunalen Mandatsträgern und Bürgern über die künftigen kommunalen Strukturen des Landes vor. Sie sollen den absehbaren demographischen und finanziellen Gegebenheiten angepasst werden. „Wo sich Änderungs-

bedarf ergibt, werden die Wahlen für kommunale Mandate und Ämter 2020 in neuen Strukturen stattfinden“, sagte Fraktionsvorsitzender Mike Mohring. Er warb bei den Abgeordneten um breite Unterstützung für das Paket. „Aus Verantwortung für Thüringen brauchen wir eine Sanierungsstrategie, die über den

Rhythmus von Landtagswahlen hinaus trägt“, ist der Politiker überzeugt. Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht begrüßt den an alle Landtagsfraktionen gerichteten Vorschlag. Es gelte, „die Vision ‚Thüringen 2020‘ fest im Blick ein Zukunftsmodell für Thüringen zu entwickeln“.

Gemeinsamer Unterricht: Volker Emde mahnt eine umsichtige Gangart an



Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf sollen in Thüringen stärker in das allgemeine Bildungssystem einbezogen werden. Nicht wenige Eltern und Lehrer fürchten allerdings, dass dabei die Förderschulen und Kinder mit speziellem Förderbedarf auf der Strecke bleiben könnten. Diese Sorge bestimmte ein Forum der Landtagsfraktionen von CDU und SPD zu „Entwicklungsperspekti-

ven der Förderzentren und des gemeinsamen Unterrichts“. Wie CDU-Bildungspolitiker Volker Emde vor den gut 200 Teilnehmern des Forums verdeutlichte, sollen „gemeinsamer Unterricht und Schuleingangsphase nur in dem Maß ausgebaut werden, wie sie von Schulen und Lehrern leistbar sind und bei Eltern und Partnern Akzeptanz finden. Es muss möglich bleiben, Schüler an Förderschulen einzuschulen.“ Wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen sollen sich in einem Gesamtkonzept verbinden. „Jedes Kind kann nur einmal zur Schule gehen“, mahnte Emde zu einer umsichtigen Gangart.

Landesprogramm: Entscheidend ist die verinnerlichte demokratische Haltung

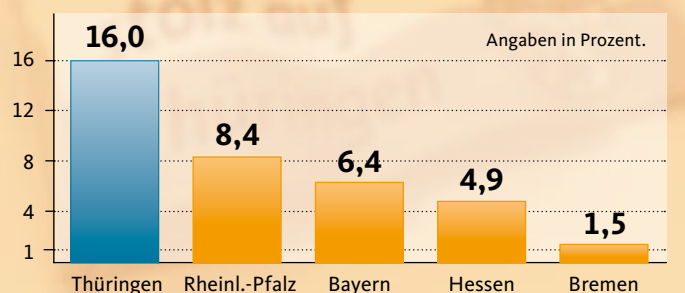


Das jetzt von der Landesregierung beschlossene Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit wird dazu beitragen, demokratische Strukturen, Einstellungen und Verhaltensweisen weiter zu stärken. Davon ist die Abgeordnete Beate Meißner (CDU) überzeugt, die das Programm mit erarbeitet hat. „Politisch motivierte Gewalt und Extremismus finden keinen Nähr-

boden, wo demokratische Haltungen den Menschen in Fleisch und Blut übergegangen sind. Deshalb ist es richtig, dass das Programm darauf einen Schwerpunkt legt“, so Meißner. Es setze jedoch zugleich und richtigerweise darauf, Extremismus und politisch motivierter Gewalt konsequent entgegenzutreten und würdige das entsprechende zivilgesellschaftliche Engagement. Eine Stärke des Programms sieht die Abgeordnete darin, „dass es neben dem Rechtsextremismus auch die Gefahren des Linksextremismus und des islamischen Extremismus aufgreift“, so Meißner wörtlich. Es trage damit einer sich wandelnden Realität Rechnung.

Stolz auf Thüringen

Anteil der erneuerbaren Energie am Endenergieverbrauch



Spitzenplatz in Vergleichsstudie zu erneuerbarer Energie

Die Bundesländervergleichsstudie „Leitstern 2010“ bescheinigt Thüringen hohe Erzeuger- und Verbrauchsanteile bei der erneuerbaren Energie. Ein Drittel des Stroms kommt aus diesem Sektor. Gemeinsam mit Bayern ist Thüringen sogar das Land, in dem klimaschonende Energieformen trotz des bereits hohen Ausgangsniveaus am schnellsten zunehmen. Für den CDU-Energieexperten Henry Worm zählt sich damit „der langjährige konsequente Einsatz für die erneuerbaren Energien aus“. Beim weiteren Ausbau setzt Worm vor allem auf Solarstrom und Bio-Energie. Bei der Stromerzeugung aus Biogas belegt Thüringen ebenfalls Platz 1.

Gut angelegtes Geld: Staatsleistungen für Kirchen



Kirchen und Religionsgemeinschaften erhalten im kommenden Jahr über den Landeshaushalt Staatsleistungen von rund 22 Millionen Euro. Darauf hat der Beauftragte für Kirchen der CDU-Fraktion, Dr. Klaus

Zeh, hingewiesen. Der Staat entschädigt die Kirchen damit fortlaufend für umfangreiche Enteignungen in früheren Zeiten. Für Zeh ist der rechtlich verbürgte Anspruch der Kirchen auf die Staatsleistungen nur ein Aspekt. Wichtiger ist ihm, was die Gesellschaft zurückerhält. „Christen sind überdurchschnittlich oft ehrenamtlich engagiert, und Kirchgemeinden leisten häufig viel für das Leben vor Ort. Dieses Geld ist gut angelegt“, so der Abgeordnete.

Bundesdirektorenkonferenz der Gymnasien



Rückenwind für Oberschule

Die Bundesdirektorenkonferenz der Gymnasien (BDK) hat sich für ein zweigliedriges Schulsystem mit Gymnasien und Oberschulen ausgesprochen. Für die Konferenz, in der mehr als zwei Drittel aller

Gymnasialdirektorinnen und -direktoren organisiert sind, ist das achtjährige Gymnasium ab Jahrgangsstufe 5 eine Säule des Bildungssystems. Als zweite Säule schlägt die BDK einen gleichwertigen,

einheitlichen Bildungsweg vor, „der differenzierte Schulabschlüsse bis hin zum Hochschulzugang nach 13 Schuljahren ermöglicht“ – die Oberschule. Surftipp: <http://www.bdk-gymnasien.de>